

Gisela-Ingrid Weissinger

„Ihr sollt es einmal besser haben!“ Was in der Arbeiterbewegung Ansporn war, für ein besseres Leben zu kämpfen, wurde von weiten Teilen der Kriegsgeneration zur Selbstverpflichtung gegenüber ihren nach 1945 geborenen Kindern. Aber auch die Kinder wurden damit in die Pflicht genommen: Sie sollten ihren Eltern dankbar sein, sich anpassen, keine Fragen stellen.

Persönlicher Besitz, Konsum, Reisen, technische „Errungenschaften“ und das eigene Auto galten als Ausdruck von Fleiß, begleitet vom Schielen auf die Nachbarn: Was konnten sie sich leisten? Das Streben nach Wohlstand, „wieder wer sein zu wollen“, lenkte ab von der Konfrontation mit den nationalsozialistischen Verbrechen und der eigenen Verstrickung. Es war der Beginn einer folgenschweren Entwicklung zu einer maßlosen Produktion von Konsum- und Luxusgütern, die bis heute anhält. Demgegenüber steht seit den 1980er Jahren der soziale Sektor, in dem gespart und „gesund“ geschrumpft wird. Kinderbetreuung, Schulen, gute Bildung, bezahlbarer Wohnraum für alle, Begleitung und Integration von Migrant*innen und Geflüchteten, Gesundheitsvorsorge und bedürfnis-, nicht profitorientierte Versorgung im Krankheitsfall, Renten, die ein sorgenfreies Leben im Alter auch denen ermöglichen, die „nur“ Kinder betreut haben, Angehörige gepflegt und begleitet haben: Das alles gilt als zu teuer, nicht profitabel.

Warnungen vor den Folgen, in die dieses System führt, blieben ungehört, ohne Konsequenzen. Die 1972 vom Club of Rome veröffentlichte Studie „Grenzen des Wachstums“¹ fand zwar Aufmerksamkeit und führte u.a. 1980 zur Gründung der Grünen. Doch sie blieb, wie alle weiteren Studien, jahrzehntelang folgenlos, trat weder in den Mittelpunkt schulischer und außerschulischer Bildung noch der politischen Auseinandersetzung – bis die Folgen unübersehbar waren: die Zerstörung der eigenen Lebensgrundlagen und die allen anderen Lebens. Von multiplen Gegenwarts Krisen spricht Nico Paech.² „Sieben Krisen zum Preis von einer! Hunger, Krieg, Inflation, Corona, Waldbrände, Klima, Artensterben“ – titelt die TAZ am 13.07.2022 und nennt dabei nicht die achte, die Krise der Demokratie.

DIE KRISE DER DEMOKRATIE

Die Möglichkeit der Mitwirkung von Bürger*innen an und deren Einflussnahme auf Entscheidungen der Politik außerhalb der Beteiligung an Wahlen war und ist (auch in Deutschland) gering: Bürger*innen können sich aufstellen lassen zur Wahl in politische Gremien. Sie können mitwirken in politischen Parteien, können demonstrieren, Volksentscheide auf einen viel Engagement fordernden Weg bringen, können Petitionen verfassen, Leserbriefe schreiben und sich direkt an politische Vertreter*innen wenden. Aufnahme finden in politische Entscheidungen aber müssen begründete kritische Einwände nicht. Das gilt auch für wissenschaftliche Studien, die Gegenpositionen untermauern. Im Unterschied dazu können Vertreter der Wirtschaft und deren Lobbyisten massiv Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass ihre Interessen Aufnahme finden. Die Folgen des Nichtgehört-Werdens sind nicht selten Zorn und Misstrauen bis hin zu Radikalisierung und dem Rückzug in Echokammern.

¹ Dennis Meadows et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck.

² Vgl. PAECH: Krise der Konsumkathedrale, in: TAZ 5./6.11.2022.

Noch vor wenigen Jahren hieß es, Deutschland sei eine gefestigte Demokratie. Doch kein anderes europäisches Land hat in den vergangenen Jahren so viel rechtsextreme Gewalt erlebt wie Deutschland.³

Gefragt nach ihrem Vertrauen, sind lt. einer 2021 von >More in Common< im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung durchgeführten Befragung in Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien und den USA⁴ nur 64% der Deutschen überzeugt, dass sie ihrer Landesregierung vertrauen können – 36% misstrauen ihr! Mit 40% vertrauen noch weniger Befragte der Bundesregierung.⁵ Davon, dass die Regierung das Volk betrügt, sind lt. Mittelstudie 2020/21⁶ 16% der Befragten überzeugt, 20% schließen das nicht aus.

Innerhalb der Europäischen Union hat die Zahl der stabilen Demokratien deutlich abgenommen. Weltweit wächst die Zahl der Diktaturen. „Erstmals seit 2004 verzeichnete der (...) Bertelsmann Transformationsindex (BTI) mehr autokratische als demokratische Staaten. Von 137 untersuchten Ländern waren demnach nur noch 67 Demokratien, die Zahl der Autokratien stieg auf 70. (...) Ursache für diesen Rückgang von Demokratiequalität ist zumeist die einseitige Konzentration der politischen Eliten auf politische und wirtschaftliche Machtsicherung, der jegliche gesellschaftliche Entwicklung untergeordnet wird. Der vielerorts vorangetriebene Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten, die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und das Unvermögen von Regierungen, nach einem breiten Konsens für politische Lösungen zu suchen, sind einige der Auswirkungen, die der BTI seit mehr als einem Jahrzehnt beobachtet.“⁷

Im Gegenzug wächst in den Zivilgesellschaften die Überzeugung, dass an die Stelle der Produktion von Massenware und wirtschaftlichem Wachstum eine umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft treten muss, die Maß und Grenzen akzeptiert, in der Maschinen, Werkzeuge und Güter des täglichen Bedarfs repariert und recycelt werden und keine Abfallberge wachsen. Vorhandene Produkte müssen weiterentwickelt, dürfen nicht abgelöst werden. Gut ausgebildete Handwerker*innen müssen verstärkt zum Einsatz kommen, um örtliche und klimatische Gegebenheiten zu berücksichtigen und für die Umsetzung angepasster, umweltverträglicher individueller Lösungen zu sorgen. Wir müssen wegkommen vom Streben nach mehr privatem Besitz. Viele Güter sind gemeinschaftlich weit sinnvoller genutzt und ausgelastet. Für andere, wie das E-Auto, dessen Bau wertvolle Rohstoffe benötigt, das viel Platz und begrenzte Böden in Gestalt von Straßen, Parkraum und Werkstätten beansprucht und versiegelt, muss deren Nutzung eng begrenzt werden.⁸ „Wir haben nur die Wahl, dass wir jetzt, freiwillig, geordnet, rechtzeitig aus dem Kapitalismus aussteigen, und noch die schlimmsten Kipppunkte in der Klimakrise vermeiden. Oder wir machen weiter [bis] die Klimakrise sich derartig verschärft, dass der Kapitalismus von alleine zusammenbricht.“⁹

Die Folgen der Veränderungen und Umbrüche dürfen nicht, wie in der Vergangenheit (insbesondere in Ostdeutschland und im Ruhrgebiet) Teile der Bevölkerung mit dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen zahlen müssen, während andere Teile von ihr profitieren.

³ Vgl. ZICK / KÜPPER: Die geforderte Mitte.

⁴ Vgl. ROBERT-BOSCH-STIFTUNG Beziehungskrise? In Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA wurden im 1. Quartal 2021 jeweils 2000 Menschen zu ihren „Vorstellungen und Ansichten rund um Demokratie sowie zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Erleben befragt“.

⁵ Noch geringer ist mit 48% das Vertrauen in die politischen Parteien. Vgl. ROBERT-BOSCH-STIFTUNG: Beziehungskrise?, S.24.

⁶ Vgl. ZICK / KÜPPER: Die geforderte Mitte.

⁷ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unterdruck>

⁸ Zur sinnvollen Nutzung von E-Autos gehört der Krankentransport. Auch bei Notarzteinsätzen, von Feuerwehr, Polizei und Handwerk werden vermutlich weiterhin PKWs benötigt werden. Generell aber dürfen der private Besitz und die Nutzung von PKWs nicht mehr selbstverständlich sein. Sie müssen sorgfältig abgewogen und in ein verantwortbares Verkehrssystem eingebunden sein.

⁹ Ulrike Herrmann, in: CSAPÓ / BITTNER: Abkehr vom Kapitalismus.

Die Erfahrungen, abgehängt und nicht gehört zu werden, haben dazu beigetragen, dass die AfD Fuß fassen konnte. Sie wurde und wird als „Kümmerin“ wahrgenommen, ihre Politiker*innen als die, die die Sorgen der Menschen ernst nehmen.

RETTEN BÜRGERRÄTE DIE DEMOKRATIE?

Ob Bürgerräte die Demokratie retten können, wissen wir nicht. Doch sie können die Demokratie auf ein tragfähigeres, ein breiteres Fundament stellen und verlebendigen, weil sie auch die beteiligen, die wissen, wo es fehlt, die u. a. unsichere Arbeit, knappe Finanzen und den Alltag unter beengten Wohnverhältnissen kennen.

„Die Menschen wollen gefragt und gehört werden. (...) Dies zeigt sich in konkreten Forderungen (wie dem Ruf nach mehr direkter Demokratie), vor allem aber in einem grundsätzlichen Wunsch nach einem dialogische[n] Verhältnis von Regierungen und Regierten“¹⁰.

Bürgerräte sind keine neue Erfindung. Bereits im Athen des 5. und 4. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung regierten geloste Räte. Im Venedig des 13. Jahrhunderts gehörten Bürgerräte 500 Jahre lang zur Stadtregierung, bis Napoleon sie von außen zerstörte. Auch im Florenz des 14. Jahrhunderts¹¹, in Frankfurt a.M., Münster und anderen Orten gab es sie. Zentrales Element ist die Ermittlung durch Los. Im Unterschied zu den Anfängen werden heute Bürger*innen aller Alters- und Berufsgruppen, mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft ausgelost, Frauen und Männer zu gleichen Teilen aus allen Regionen bzw. Teilen der Stadt. Sie stellen ein Abbild der Gesamtgesellschaft dar.

Welche Kernelemente gehören zu einem Bürgerrat?

- Seine Mitglieder werden von einem neutralen Gremium ausgelost. Niemand schlägt sich selbst vor.
- Die Dauer der Amtszeit ist befristet.
- Eine zweite, unmittelbar folgende Amtszeit ist unzulässig.
- Fraktionsbildung ist nicht erlaubt.
- Die Stadt stellt Sitzungsräume zur Verfügung, sorgt für die technische und finanzielle Ausstattung.
- Bürgerräte sind angebunden an das Büro des (Ober)-Bürgermeisters.
- Sitzungen finden in der Regel durch persönliche Anwesenheit statt, in begründeten Ausnahmefällen auch online oder hybrid.
- Geschulte Moderator*innen sorgen dafür, dass Redebeiträge gleichmäßig verteilt sind, die Debatten sachlich, themenbezogen und zielorientiert geführt werden, festgelegte Zeitrahmen eingehalten werden, dass sich niemand als Dauerredner zu profilieren oder die Debatte an sich zu reißen versucht und persönlich beleidigende Äußerungen unterbleiben.
- Ein auf die Schaffung von Bürgerräten spezialisiertes Büro kann hinzugezogen werden (z.B. Losland¹²).
- Quotenfrauen (bzw. -männer) gibt es nicht.
- Das Mindestalter liegt bei 14 Jahren¹³.

¹⁰ FRÖHLICH / MANNEWITZ / RANFT: Die Übergangenen - Strukturschwach & Erfahrungsstark, S.28.

¹¹ Lt. van Reybrouck sind die Räte in Athen, Venedig und Florenz am besten und detailliert belegt. Vgl. van REYBROUCK, David: Gegen Wahlen. In Athen wurden speziell entwickelte Losmaschinen eingesetzt. Das Losverfahren selbst vollzog sich in mehreren Schritten. So konnten Versuche der Einflussnahme ausgeschlossen werden.

¹² Vgl. Homepage Mehr Demokratie e. V.: Projekt LOSLAND.

- Jeder Stadtteil ist entsprechend seiner Einwohner*innenzahl und -struktur vertreten.
- Leitende Vertreter*innen der Wirtschaft dürfen nicht ausgeloste Mitglieder im Bürgerrat sein. Sie können, Wissenschaftler*innen gleichgestellt, zu Vorträgen hinzugezogen werden.
- Werbegeschenke, insbesondere finanzieller Art oder andere Formen der Einflussnahme durch Lobbyisten sind untersagt.
- Jedes Mitglied des Bürgerrates hat Beruf und Tätigkeit(en) offenzulegen.
- Es erhält für den Zeitraum seiner Mitarbeit eine Aufwandsentschädigung und, sofern erforderlich, Fahrtkosten in Höhe der Kosten des ÖPNV.
- Für Kinderbetreuung wird kostenfrei gesorgt.
- Die Terminierung der Sitzung erfolgt so, dass jedes Mitglied teilnehmen kann. Sofern Sitzungen in die berufliche Arbeitszeit fallen, ist dafür zu sorgen, dass der Arbeitgeber die betroffene Person ohne Lohnabzug freistellt.

Was wird von Mitgliedern der Bürgerräte erwartet?

- Zuhören können
- Bereitschaft, sich zu informieren
- Respekt gegenüber anderen
- Der Wille, gemeinsame Lösungsvorschläge zu finden
- sachlich zu argumentieren.

Was sind Vorteile geloster Bürgerräte?

- Niemand bewirbt sich selbst und versucht, sich vorteilhaft „zu verkaufen“.
- Persönliche Diskreditierung, wie in Wahlkämpfen üblich, gibt es nicht.
- Jedes Mitglied eines Bürgerrates entscheidet nach seinem Gewissen und der Überzeugungskraft von Argumenten.
- Ein nicht der Bevölkerungsstruktur entsprechendes Übergewicht von Mitgliedern akademischer Berufe gibt es nicht.
- Soziale Stellung und Position zählen nicht – die Professorin und die Reinigungskraft arbeiten gleichberechtigt zusammen.
- Jede*r lernt, die Lebenswirklichkeit, Fragen und Probleme anderer in das eigene Nachdenken und Suchen nach Lösungen einzubeziehen und
- den globalen Kontext und die Folgen von Entscheidungen für andere zu berücksichtigen.
- International agierende NGOs können Hilfe sein und in die Beratungen einbezogen werden. Für Übersetzung wird gesorgt.
- Wer im Bürgerrat mitarbeitet, muss nachdenken über Lösungen und Lösungsvorschläge mittragen (Schimpfen allein gibt es nicht, auch nicht auf „die da oben“).
- Bürgerräte sind Orte des (Dazu)-lernens.

Mit gelosten Bürgerräten bereits gemachte Erfahrungen – Beispiele

- Bürger*innen treffen Entscheidungen, die weiter reichen als die gewählter Regierungen, welche befürchten, mit ihren Entscheidungen potenzielle Wähler*innen bzw. ihre Klientel zu verprellen. So hat der unter der Schirmherrschaft des früheren

¹³ Vgl. ebd.

Bundespräsidenten Horst Köhler arbeitende ‚Bürgerrat Klima‘ sich z. B. für ein Tempolimit ausgesprochen, wenn auch mit einer Mehrheit, die die jahrzehntelange einseitige Fixiertheit auf das Auto erkennen lässt. Und die deutlich macht, dass auch Entscheidungen eines Bürgerrates Zwischenstufen auf einem Weg des Lernens und der Veränderungen sind. Zur Umsetzung der Empfehlungen ist die Regierung bis jetzt nicht verpflichtet.

- Seit 2019 gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien einen kontinuierlich arbeitenden Bürgerrat. Grundlage der Arbeit des gelosten Bürgerrates ist ein im Parlament verabschiedetes Dekret. Die Arbeit findet in drei Gremien statt: Bürgerversammlung, Bürgerrat, Ständiges Sekretariat. Die zu bearbeitenden Themen werden aus von Bürger*innen gestellten Fragen und vorgeschlagenen Themen ausgewählt. Das Sekretariat gibt die Fragen an den aus 24 ausgelosten Bürger*innen bestehenden Bürgerrat weiter. Ausgelost für den Bürgerrat kann jede*r zur deutschsprachigen Gemeinschaft gehörende Bürger*in werden, der/die mindestens 16 Jahre alt und kein*e Politiker*in ist. Der Bürgerrat bestimmt die zu diskutierende Frage, stellt Informationen zusammen und regelt den Ablauf der Bürgerversammlung. Die setzt sich aus 25 bis 50, ebenfalls ausgelosten Mitgliedern, die einen Querschnitt der Gesellschaft darstellen, zusammen. Die Mitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung. Unter Hinzuziehung von Expert*innen und Jurist*innen finden moderierte Beratungen statt, um dem Parlament vorzulegende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Moderator*innen verhindern, „dass Alphanimiere den Dialog dominieren“. Das Parlament entscheidet über die Umsetzung der Empfehlungen. Eine Nicht-Umsetzung verlangt eine ausführliche Begründung gegenüber dem Bürgerrat. Die Umsetzung einer Empfehlung wird vom Bürgerrat kontrolliert. Alle 6 Monate wird 1/3 der Räte durch ehemalige Mitglieder der Bürgerversammlung ersetzt. Die bislang bearbeiteten Themen betreffen Wohnen, Inklusion und Pflege.
- Citizens’ Assembly in Irland: Hier ging es um das Recht auf Abtreibung. Die Empfehlung wurde übernommen.
- In Frankreich wurden die im Juli 2020 der Regierung vorgelegten Empfehlungen des von Präsident Macron eingesetzten Bürgerrates zur Klimapolitik nicht umgesetzt.¹⁴

WAS SPRICHT GEGEN BÜRGERRÄTE?

Nichts. Alle mit unabhängigen Bürgerräten gemachten Erfahrungen zeigen: Die von ihnen vorgelegten Empfehlungen gehen auf ernsthafte und sachlich geführte Auseinandersetzungen zurück. Empfehlungen bzw. Antworten führen zumeist weiter als die von Regierungen eingeleiteten Maßnahmen. Bürgerräte können Demokratien zukunftsfähig machen. Sie tragen zur Entflechtung von Politik und Wirtschaft bei und sorgen für mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen.

Doch ohne die Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, über die Empfehlungen ausführlich zu beraten und eine Nicht-Umsetzung sorgfältig zu begründen, sind die Beratungsergebnisse eines Bürgerrates nur der in Papier gefasste Beweis dafür, dass Bürger*innen in der Lage und willens sind, mitzuwirken an der Lösung der Herausforderungen und Probleme. Bürger*innen sind bereit, viel Zeit und Arbeit in Empfehlungen zu stecken, um Wege aus der Krise zu finden und die Belastungen so zu

¹⁴ Einzelheiten vgl. HOMEPAGE MEHR DEMOKRATIE E. V. Frankreich: Bürgerrat beschließt Empfehlungen.

verteilen, dass diejenigen entlastet werden, die schon jetzt von Einschränkungen und Unsicherheiten besonders betroffen sind, während diejenigen, die finanziell gut gepolstert sind, stärker belastet werden.

Weitere Beweise dafür, dass die Schaffung von Bürgerräten sinnvoll, ja nötig und die Bereitschaft vorhanden ist, darin mitzuarbeiten und umsetzbare Empfehlungen auszusprechen, brauchen wir nicht. Inzwischen unterstützt auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Einrichtung von Bürgerräten.¹⁵ Was wir brauchen, ist die Bereitschaft der Politik, zügig Bürgerräte einzusetzen und dafür zu sorgen, dass deren Empfehlungen umgesetzt werden. Wir haben nur diesen einen Planeten, der uns anvertraut ist, auf dem wir und alle Nachfolgenden gut leben können, wenn wir maßvoll, dankbar und achtsam mit ihm umgehen – eine Binsenweisheit, die wir endlich lernen müssen.

Literatur:

¹⁵ TAGESSCHAU vom 06.11.2022.

- BERTELSMANN-STIFTUNG (ed.): Transformation Index BTI 2022, Governance in International Comparison; Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2022. (Langfassung, Englisch)
- BERTELSMANN-STIFTUNG: [HTTPS://WWW.BERTELSMANN-STIFTUNG.DE/DE/THEMEN/AKTUELLE-MELDUNGEN/2022/FEBRUAR/DEMOKRATIE-WELTWEIT-UNTER-DRUCK](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck) (Kurzfassung, Deutsch)
- BROT FÜR DIE WELT (Hg.): Atlas der Zivilgesellschaft 2022: Freiheitsrechte unter Druck – Schwerpunkt Digitalisierung: Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit, München 2022. Online zugänglich unter: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- BUCHSTEIN, Hubertus: Demokratie und Lotterie – Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU; Frankfurt a. M. 2009.
- BUCHSTEIN, Hubertus: Wir sind der Staat! Wählen, abstimmen und lösen – Die Suche nach Wegen aus der Formkrise der repräsentativen Demokratie, in: Deutscher Evangelischer Kirchentag Dresden 2011 – Dokumente, hrsg. i. A. des DEK von Silke Lechner und Friedemann Düring, Gütersloh 2012, S.438-446.
- BÜRGERRAT KLIMA: Unsere Empfehlungen für die deutsche Klimapolitik. Online zugänglich unter: <https://buergerrat-klima.de/downloadPdf/37> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- CSAPÓ, Laura / BITTNER, Mirjam: Abkehr vom Kapitalismus: „Wir müssen schnell umsteigen, sonst wird uns die Klimakrise dazu zwingen“: Ulrike Herrmann im Gespräch mit Laura Csapó und Mirjam Bittner, in: Stern vom 15.11.2022, ohne Seitenangabe.
- FRÖHLICH, Paulina / MANNEWITZ, Tom/ RANFT, Florian: Die Übergangenen – Strukturschwach & Erfahrungsstark, Eine Studie zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation, 03.02.2022. Online zugänglich unter: <https://www.progressives-zentrum.org/die-uebergangenen/> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- HOMEPAGE DES PARLEMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS: Bürgerdialog in Ostbelgien. Online Zugänglich unter: <https://www.buergerdialog.be> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- HOMEPAGE ES GEHT LOS!: Bürger*rat Belgien. Online zugänglich unter: <https://www.esgehtlos.org/geloste-burger-rate/erfolgreiche-beispiele/belgien-lasst-uns-die-demokratie-retten> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- HOMEPAGE MEHR DEMOKRATIE E. V Frankreich: Bürgerrat beschließt Empfehlungen, 22.06.2020. Online zugänglich unter: <https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/frankreich-buergerrat-beschliesst-empfehlungen/> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- HOMEPAGE MEHR DEMOKRATIE E. V. Projekt LOSLAND. Online zugänglich unter: <https://www.mehr-demokratie.de/projekte/losland> (Letzter Zugriff am 18.12.2022).
- MEADOWS, Dennis et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1972.
- PAECH, Nico: Krise der Konsumkathedrale, in: TAZ 05./06.11.2022. S.15.
- REYBROUCK, David van: Gegen Wahlen – Warum Abstimmung nicht demokratisch ist, Göttingen, 2019.
- ROBERT-BOSCH-STIFTUNG (Hg.): Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA“, 2021 - <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/beziehungskrise>
- TAGESSCHAU vom 06.11.2022.
- TAZ vom 13.07.2022.

- ZANDONELLA, Martina / EHS, Tamara: Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie, Wien, September 2020. Online zugänglich unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/Zusammenfassung_Auswirkungen_sozialer_Ungleichheit_auf_die_Demokratie.pdf (Letzter Zugriff am 18.12.2022)
- ZICK, Andreas / KÜPPER, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bundeszentrale für politische Bildung -bpb- Schriftenreihe Bd. 10783, Bonn 2022.
- ZICK, Andreas / KÜPPER, Beate / BERGHAN, Wilhelm (Hg.): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19; hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, Bonn 2019; auch online zugänglich unter: https://slowakei.fes.de/fileadmin/user_upload/2019-FES-Studie-Verlorene-Mitte-Feindselige-Zustände.pdf

Gisela-Ingrid Weissinger, geb.1954, Pfarrerin i.R., verh., 2 erwachsene Kinder;1972 erste Fahrt nach Auschwitz; langjährige Mitarbeit in: *IZ3W Hannover* (u.a. Länderstudien, Studienfahrten nach Tansania, Brasilien, Indien), *Bad Laaspher Freundeskreises für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.* und *Arbeitskreis für Toleranz u. Zivilcourage Bad Berleburg* (u.a. Vorträge, Lesungen, Studienfahrten -mit Johannes Weissinger-, Schwerpunkt Osteuropa, Griechenland).